

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.07.2024

Inhalt

EWN

- 1 | **Verhindern Sicherheitsprobleme den Regelbetrieb beim LNG-Terminal auf Rügen?**
Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 26.07.2024 3
- 2 | **Wohin mit dem Atom-Müll? Westbrandenburg als Endlager-Standort möglich**
MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine), 25.07.2024 5

 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 26.07.2024

 Auflage: 9.089 | Reichweite: 30.562

 Lutz Reuter

Verhindern Sicherheitsprobleme den Regelbetrieb beim LNG-Terminal auf Rügen?

Möglicherweise hat der Betreiber des LNG-Terminals im Hafen von Mukran auf Rügen mit gleich zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Um ein Problem davon wird von behördlicher Seite ein Geheimnis gemacht. Ein anderer Faktor stellt das ganze Projekt infrage.

Mukran. Wann das LNG-Terminal auf Rügen in den Regelbetrieb startet, steht offenbar in den Sternen. Vor mittlerweile fast drei Wochen ist das Terminal „Deutsche Ostsee“ im Hafen von Mukran durch ein zweites Spezialschiff vervollständigt worden. Eine Genehmigung für den Regelbetrieb ist bereits Anfang April erteilt worden. Gas wird über das Terminal aber noch immer nicht regulär eingespeist.

Auf eine Anfrage, wann mit einem Start des Regelbetriebs gerechnet werden kann, heißt es vom Betreiber Deutsche Regas lediglich, das Terminal werde seit Erhalt der Betriebsgenehmigung am 10. April „sukzessive aus dem Probetrieb in den Regelbetrieb überführt“.

Zuvor hieß es erst, zur Aufnahme des Regelbetriebs soll es bis Mitte Mai kommen. Dann teilte der Betreiber auf Anfrage mit, der Zeitpunkt der Inbetriebnahme sei nicht weiter terminiert und würde dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (Stalu) kurzfristig bekannt gegeben.

Wie aus dem Genehmigungsbescheid des Amtes hervorgeht, war Deutsche Regas vom Stalu aufgefordert worden, bis Mitte Mai mehrere Unterlagen und Maßnahmen, vor allem mit Blick auf die Sicherheit, nachzureichen bzw. noch durchzuführen. Dazu zählt etwa ein überarbeiteter Sicherheitsbericht, der eine „Bewertung von Cyber- und Drohnenangriffen“ enthalten müsse.

Das Stalu forderte weiter eine Risikobewertung, die klären soll, „welche Risiken aus dem Betrieb der Anlage im gegenwärtigen energiepolitischen/sicherheitspolitischen Szenario erwachsen“. Des Weiteren sei ein Sicherheitsmanagementsystem aufzubauen und ein „Alarm- und Gefahrenabwehrplan“ zu erstellen. Zudem verlangte das Stalu von Deutsche Regas, die örtlichen Feuerwehren in den Betrieb einzuweisen und ei-

ne Brandschutzordnung zu erstellen.

Ob diesen und weiteren Nachforderungen bereits nachgekommen wurde, beantwortet das Stalu auf Anfrage nicht. Auch das Schweriner Umweltministerium lässt dahingehende Fragen trotz mehrmaligem Nachhaken mit Verweis auf „potenzielle Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse“ bislang unbeantwortet.

Von Deutsche Regas heißt es, alle nötigen Nachweise seien fristgerecht eingereicht worden. Auch einem „Ergänzungsbedarf“ sei fristgerecht nachgekommen worden. Dem NDR teilte das Umweltministerium aber mit, einige dieser Papiere seien nicht in deutscher Sprache eingereicht worden. Es werde geprüft, ob es sich dabei um Fahrlässigkeit oder Vorsatz des Betreibers handele. Vom Umweltministerium und von Deutsche Regas gibt es dazu auf Anfrage keine Informationen.

Andere, öffentlich zugängliche Informationen legen jedoch nahe, ganz andere Schwierigkeiten könnten einem Regelbetrieb im Wege stehen. Womöglich gibt es kaum Verkäufer, die das Terminal auf Rügen mit ihrem Flüssiggas beliefern wollen. Betreiber wie Deutsche Regas bieten Gaslieferanten die Kapazitäten ihrer Terminals nicht selten auch Jahre im Voraus zur Buchung an. Nach Angaben des Verbands „Gas Infrastructure Europe“ (GIE), der auf einer Online-Plattform über diese Geschäfte informiert, ist für das Terminal auf Rügen bislang nichts gebucht worden.

In der Mitteilung einer Plattform, bei der Terminalkapazitäten ersteigert werden können, hieß es Anfang Juli, eine Versteigerung der Kapazitäten von Deutsche Regas sei aus technischen Gründen abgebrochen worden. Ein neuer Termin würde vom Unternehmen bekannt gegeben. Das ist offenbar noch nicht geschehen.

Zudem zeigt ein Blick auf die bundeseigenen LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven, dass auch dort aktuell keine Flüssiggas-Lieferanten Geschäfte machen wollen. Die Deutsche Energie Terminal GmbH (DET), quasi ein Tochterunternehmen des Bundeswirtschaftsministeriums, teilte am 12. Juli mit, es habe „für die beiden LNG-Terminals Wilhelmshaven 1 und Brunsbüttel weder kurzfristige noch langfristige Kapazität vermarkten“ können. Dabei ging es den Angaben nach um Angebote bis in das Jahr 2029.

DET begründet den Misserfolg mit Preisvorgaben der Bundesnetzagentur und wettbewerbsrechtlichen Vorgaben der EU, während nicht regulierte Unternehmen ihre Preise frei gestalten könnten. Das trifft etwa auf Deutsche Regas zu. Doch laut GIE-Daten war auch deren bisheriger Beitrag zur Gasversorgung mit dem LNG-Terminal in Lubmin überschaubar.

Im vergangenen Jahr lag die Auslastung des Terminals nach Auswertung des Vereins Deutsche Umwelthilfe (DUH) bei etwa 12 Prozent. Mit welcher Auslastung das Unternehmen für das Terminal auf Rügen rechnet, ist unklar. Auf eine Anfrage zu entsprechenden Prognosen benennt Deutsche Regas nur eine „Regasifizierungskapazität von bis zu 13,5 Milliarden m³“, mit der „bis zu 15 Prozent des gesamtdeutschen Erdgasbedarfs“ gedeckt werden könnten.

Die DUH war von Beginn an entschiedene Gegnerin des Energieversorgungsprojekts auf Rügen und stellt den Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland insgesamt infrage. „Die geringe Auslastung des LNG-Terminals Lubmin sowie das Scheitern der Unternehmen DET und deutsche ReGas bei der Vermarktung der LNG-Kapazitäten verdeutlichen den Irrweg der derzeitigen LNG-Ausbaupläne“, sagt Julian Schwarzkopff, DUH-Fachmann für Energie und Klimaschutz.

Aus seiner Sicht sei der „LNG-Boom“ energiepolitisch unnötig, „denn von einer Gasmanngelage sind wir weit entfernt, obwohl die bestehenden Projekte jetzt schon kaum funktionieren“. Der Fokus auf LNG-Importe sei, vor allem mit Blick auf umweltschädliches Fracking-Gas, kostspielig, setze die Klimaziele aufs Spiel und zerstöre Küsten- und Erholungsgebiete nachhaltig. Schwarzkopff fordert daher, den Bau „dieser fossilen Investitionsruinen auf Kosten von Mensch und Natur“ endlich zu stoppen.

Von der DET heißt es dagegen, um die Versorgungssicherheit Deutschlands und der europäischen Nachbarn zu stärken, sei „nicht ausschließlich die spezifische Auslastung, sondern insbesondere die Verfügbarkeit von LNG-Importkapazität von maßgeblicher Bedeutung“. Es habe bereits spürbar zur Marktberuhigung beigetragen, dass Terminals für den Import von LNG verfügbar seien.



Bildunterschrift: Die Regasifizierungsschiffe „Energos Power“ (l) und „Neptune“ sind das Kernstück des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“ im Hafen von Mukran auf Rügen.

 MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine) | 25.07.2024

 Heiko Hesse

 WEBLINK

AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE

Wohin mit dem Atom-Müll? Westbrandenburg als Endlager-Standort möglich

Die alten Brennstäbe müssen irgendwo hin. Teile von Brandenburg an der Havel, Potsdam-Mittelmark und des Havellandes sind für ein Endlager noch denkbar. Zwei Salzvorkommen sind besonders interessant.

Die gute Nachricht: Die Menge des hochradioaktiven Mülls aus Deutschlands Atomkraftwerken ist endlich. Die weniger gute Nachricht: Noch sind Teile von Brandenburg an der Havel, Potsdam-Mittelmark und des Havellandes als Platz für ein Endlager dieses Mülls im Gespräch.

Ein quietschgelber Pavillon hat am Dienstagvormittag am Brandenburger Molkenmarkt seine Türen geöffnet. Bis Mittwoch, 17 Uhr, informieren Fachleute des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) über die Suche nach einem geeigneten Standort.

Das machen die Expertinnen und Experten bereits seit geraumer Zeit. Nun steht Brandenburg an der Havel auf dem Tourenplan. Zuvor war der Pavillon in Chemnitz, danach wandert er nach Cottbus. Noch ist etwas mehr als die Hälfte von ganz Deutschland im Fokus der Standortsucher.

Was Westbrandenburg für die Sucher noch interessant macht: Wo Ton, Granit und Salzgestein im Untergrund schlummern, könnte man den gesamten deutschen Brennstab-Müll potenziell einlagern. Ton gibt es vielerorts. Bei Salzgestein sind die Fachleute auf Vorkommen unter anderem bei Nennhausen im Havelland und rings um den Rietzer See gestoßen.

Infos in Brandenburg an der Havel zum Endlager

An dieser Stelle meldet Frank Dietrich schon jetzt Bedenken an. Der Brandenburger kennt sich gut aus mit Mineralien und weiß: „Das Salzvorkommen unter uns wandert.“ In gut 200 Metern Tiefe ist die Schicht. Um den Rietzer See, wo Salzpflanzen gedeihen, stoße diese Schicht an die Oberfläche. „Das kann sich im Laufe der Jahrtausende aber ändern“, sagt er.

Unter die Erde will man rund 27.000 Kubikmeter Atom-müll bringen, Brennstäbe aus den inzwischen abgeschalteten Atomkraftwerken. Da Deutschland aus dem Atomstrom ausgestiegen ist, kämen keine weiteren Abfälle dieser Art hinzu, sagt Steffen Drees, Referent beim Base.

Suche nach Endlager auch in Brandenburg an der Havel

Sein Job ist es, die Menschen landauf, landab über die laufende Endlager-Suche zu informieren. Eine Suche, die ihresgleichen sucht. Denn bis das Lager steht, in dem 1750 Castor-Behälter etwa eine Million Jahre liegen können, vergeht noch unglaublich viel Zeit.

Hans-Christian Fauth springt seinem Mitbrandenburger Frank Dietrich zur Seite, als dieser fordert, die Forschung und die Industrie mögen daran arbeiten, die Müllmenge noch zu verkleinern. Wie das? „In dem man schaut, wie man Teile des Mülls anderweitig verwenden kann“, sagt Dietrich.

Die Forschung sei dran, sagt Fachreferent Stefan Schöbel. Aber es sei noch nicht absehbar, dass man alte Brennstäbe recyceln kann. Aber wer weiß, noch ist ja Zeit, denn erst zwischen den Jahren 2046 und 2068 falle die Entscheidung, an welchem Fleckchen in Deutschland der Müll eingelagert wird. Damit stehe die Anlage noch lange nicht, sagt Steffen Drees. Gegen Ende dieses Jahrhunderts rechne man damit.

Ginge es nach den Besuchern Fauth und Dietrich, müsste man den Müll zur Sonne schießen, dann sei er weg, und zwar restlos verbrannt. „Nicht auszudenken, wenn die Rakete mit dem Müll beim Start explodiert“, wirft Referent Schöbel ein. Das ist auch den beiden Besuchern vollkommen klar.

In drei Phasen läuft die Suche. Bis Ende 2027 schaut man sich noch die 54 Prozent von Deutschland an. Danach konzentriert sich die Suche auf etwa zehn Standorte, die eingehender unter die Lupe genommen werden. Schließlich blieben zwei Orte übrig, an denen man auch unter die Erde gehe, um den Untergrund zu prüfen, sagt Steffen Drees.

Ursprünglich dachte man, das Lager bis 2031 zu finden. Nun sind die Optimisten bei 2046, die Pessimisten bei 2068. Unendlich viel Zeit habe man aber nicht. Die alten Brennstäbe liegen nur in Zwischenlagern, meist in den abgestellten Kraftwerken.

Im Gegensatz zu früheren Lagersuchen habe die Be-

teiligung der Bevölkerung jetzt einen extrem hohen Stellenwert, gibt Steffen Drees zu verstehen. Das beschränke sich nicht auf den Info-Pavillon. Jede Region, die unter den letzten zehn ist, bekomme eine Regionalkonferenz, in der auch lokale Verbände und Bürgerinnen und Bürger sitzen. Mit Transparenz und echter Beteiligung scheint es die Bundesregierung dieses Mal ernst zu meinen.

Weitere Informationen dazu auf der Internetseite des Bundesamtes unter <https://www.endlagersuche-infoplattform.de>